

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



16.10.2023

DOPPELHAUSHALT	2024/2025
ANTRAG	DHH/2023/3203

Thema: Schaffung von 2 VZÄ Stellen bei der Ausländerbehörde „Clearingstelle“

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶ 3200				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶	122-320				
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2024	2025	2026	2027	2028
<input checked="" type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung	2,00	2,00	2,00	2,00	2,0
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Personalaufwendungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input checked="" type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
In der allgemeinen Regelzuwanderung (Fachkräfte) und im Humanitären Bleiberecht (Chancen-Aufenthalt und Bleiberechtsberatungen) verändern sich die Aufgabenprofile der Ausländerbehörden. Aus diesen Gründen wurde bereits im letzten Jahr die Idee einer Clearingstelle geschaffen, die mit qualifizierten Personal besetzt werden soll. Voraussichtliche Personalkosten/Jahr: 2x A11 Sachbearbeitung (jeweils 94.900 €).					

Thema: Schaffung von 2 VZÄ Stellen bei der Ausländerbehörde „Clearingstelle“

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ bitte Zuschussempfänger eintragen
▶ Sachverhalt Begründung

In den vier Organisationseinheiten der Ausländerbehörde müssen immer wieder Mitarbeitende aus anderen Fachbereichen zur Unterstützung herangezogen werden. Aufgrund des Ukraine-Krieges wurden zusätzliche Stellen geschaffen, die bis heute nicht dauerhaft besetzt werden konnten, um diese zusätzliche Aufgabe mit entsprechenden Personalressourcen zu bewältigen. Das bedeutet, sowohl die regulären Aufgaben als auch die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg mussten bisher mit dem bestehenden Personalstamm, unter Berücksichtigung von offenen Stellen und Langzeiterkrankungen, bewältigt werden.

Die neu hinzugekommenen humanitären Aufgaben im Bereich der Bleiberechtsberatung und des Chancenaufenthaltsrechts mussten bisher ohne zusätzliches Personal bewältigt werden. Es werden vermehrt Beratungs- und Perspektivengespräche benötigt, was nicht im Einklang mit der bisherigen klassischen ordnungspolitischen Ausrichtung des Personalbedarfs steht, da diese nur so viel Personal erfordert, wie zur Erfüllung der Pflichtaufgaben benötigt wird. Die rechtlichen Neuerungen erfolgen immer schneller, sowohl bei der Einführung als auch bei der Anwendung, und treffen auf eine hohe Personalfuktuation. Daher sind diese Stellen erforderlich, um Clearingaufgaben zu bewältigen

Unterzeichnet von:

Yvette Melchien und SPD-Fraktion